

09./10.04.2025

Die rechtliche Stellung der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat

Anne Peters, Prof. Dr.

Zusammenfassung

Die Schweiz war 2023 und 2024 nichtständiges, also von der UN Generalversammlung gewähltes, Mitglied im UN-Sicherheitsrat und ist zum 1.1.2025 ausgeschieden. Dies war eine Premiere seit dem Schweizer UN-Beitritt im Jahr 2002. Die Vorlesung erläutert die rechtlichen Aspekte der Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Funktionsweise des Sicherheitsrats (Zusammensetzung des Rates; Aufgaben und Befugnisse; Entscheidungsverfahren, rechtliche Bindungen (Art. 23-32 UN-Charta)).

Als ein auf zwei Jahre gewähltes Mitglied (Art. 23 UN-Charta) verfolgte die Schweiz vier Prioritäten:

- (1) Nachhaltigen Frieden fördern; (2) Zivilbevölkerung schützen (humanitäres Völkerrecht);
- (3) Effizienz (und Legitimität) des Sicherheitsrates stärken; (4) Klimasicherheit angehen.

Die Vorlesung erläutert die völkerrechtlichen Aspekte der schweizerischen Aktivitäten und stellt die Bezüge zum sonstigen Völkerrechtskontext her.

Priorität 1, Friedensförderung: Hierzu gehören Sanktionen (gezielte Sanktionen gegen Individuen sowie Sanktionen gegen Staaten. Während der Mitgliedschaft der Schweiz scheiterte die Verlängerung von Sanktionen gegen Nordkorea und Mali am russischen Veto. Der schweizerische Rechtsrahmen für Sanktionen sind die Bundesverfassung, das Embargogesetz (von 2003) und Verordnungen. Die Vorlesung erklärt, inwiefern die Umsetzung von Sanktionen des UN-Sicherheitsrats durch die Schweiz sowie die schweizerischen Sanktionen im Gleichlauf mit den EU-Sanktionen mit der Neutralität vereinbar sind.

Im Bereich der Friedensmissionen hatte die Schweiz die Federführung für die Autorisierung der EU Mission EUFOR durch den Sicherheitsrat inne und beteiligt Schweizer Armeeangehöriger.

Schliesslich setzte sich die Schweiz für die Umsetzung des Resolution 1325 (2000) «Women, Peace and Security» ein.

Erläutert werden die Rechtsauffassungen der Schweiz zum Rechtsstatus Palästinas nach dem Gutachten des IGH von 2004 und zu den Haftbefehlen des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Staatsführer wie Putin und Netanjahu.

Priorität 2, Humanitäres Völkerrecht: Hier verfolgte die Schweiz Themen wie den Schutz von Zivilpersonen und humanitärem Personal und Zulassung humanitärer Hilfe (allgemein UN SR Res. 2730 (2024); Scheitern einer Resolution über humanitäre Hilfe für Syrien); humanitäre Ausnahmen für Sanktionen (UN SR Res 2664 (2022)). Die Schweiz organisierte eine 75-Jahrfeier für die Genfer Konventionen von 1949. Sie setzte sich in allen Verfahren für die Verwendung der juristisch richtigen Begriffe zum humanitären Völkerrecht in den Sicherheitsratsresolutionen ein und leistete hierdurch einen Beitrag zur Klarheit und Allgemeinheit der Anwendung des humanitären Völkerrechts und damit zur internationalen rule of law.

Priorität 3, Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflichtigkeit des Sicherheitsrates: Hier erreichte die Schweiz eine Verbesserung des sog. «delisting»-Verfahrens. Personen (z.B.



Universität
Basel

Terrorismusverdächtige), die auf eine Sanktionenliste gesetzt wurden und somit mit Einreiseverboten und Kontensperrung belegt werden, können bei einem «Focal Point for Delisting» ihre Streichung von der Liste beantragen, hierbei müssen rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze beachtet werden. Ein wichtiges Thema ist schliesslich die Eindämmung des Vetorechts mithilfe eines Verhaltenskodices/Selbstverpflichtung aller Sicherheitsratsmitglieder incl. der der Vetomächte.

Priorität 4, Klimasicherheit: Die globale Erwärmung gilt als Konflikursachenverstärker («threat multipliert»). Deshalb befasst sich zunehmend der UN-Sicherheitsrat mit dem Thema. Die Aktivitäten der Schweiz im Sicherheitsrat werden ergänzt durch die schweizerische Stellungnahme in dem am Internationalen Gerichtshof (IGH) hängigen Klimagutachtenverfahren. Hier äusserte sich die Schweiz zu völkerrechtlichen Pflichten der Staaten in Bezug auf den Klimawandel.

Literatur und Internetlinks

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) „Mandat der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat: Schlussbericht über das Mandat der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat (2023-2024)“ vom 14. März 2025 [schlussbericht-unsr-mandat-der-schweiz-2023-2024_DE.pdf](#)

Anne Peters/Anna Petrig, Völkerrecht: Allgemeiner Teil, 6. überarbeitete Auflage (Zürich: Schulthess/Heidelberg: C.F. Müller 2023),

Anna Petrig, Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat, Basler Juristische Mitteilungen 2 (2023), 39–69.

Tobias Gafafer, Zwei Jahre im Schaufenster der Weltpolitik, Neue Zürcher Zeitung v. 31 Dez. 2024

Mathias Oesch, Schweiz – Europäische Union: Grundlagen, Bilaterale Abkommen, Autonomer Nachvollzug 2. Aufl. (EIZ Publishing 2025).

open access: <https://eizpublishing.ch/publikationen/schweiz-europaeische-union-grundlagen-bilaterale-abkommen-autonomer-nachvollzug/>

<https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/organisation-deseda/direktionen-abteilungen/direktion-fuer-voelkerrecht.html>

Kontakt

apeters-office@mpil.de